



Pressemitteilung

Ansbach, 08. Februar 2019

PFC-Verseuchung in Katterbach weitet sich aus: Erster Hausbrunnen über Grenzwert belastet Gift sickert immer weiter durch – OLA für rasche Beseitigung: „US-Militär zur Kasse“ Stadt soll Schadensersatzansprüche der Kommune und betroffener Bürger prüfen

Das Gift sickert immer weiter durch Böden und Gewässer: In Ansbach sind erstmals in einem Hausbrunnen PFC-Verseuchungen jenseits der kritischen Grenzwerte festgestellt worden, und zwar bei mehreren polyfluorierten Tensiden (PFT). Dabei wurde der PFHXS-Grenzwert für Trinkwasser sogar um das 14-fache überschritten (Ergebnisse anbei). Betroffen ist ein Brunnen im Stadtteil Obereichenbach. Das Gift tritt aus der US-Militärbasis Ansbach-Katterbach aus.

Im Oktober 2018 erklärte die Bundesregierung gegenüber dem Ansbacher Abgeordneten Harald Weinberg, es läge für zumindest ein Grundstück aufgrund der PFC-Vergiftung aus der Militärbasis Katterbach die Empfehlung eines Fernwasseranschlusses vor (s. Schreiben anbei). Bislang war Wasser in getesteten Hausbrunnen, etwa in Untereichenbach, noch unter dem Schwellenwert geblieben. Die Stadt Ansbach hatte aber bereits im September 2018 bei Messungen eine Überschreitung der Grenzwerte um ein Vielfaches im Grundwasser festgestellt.

„Der PFC-Giftskandal an der US-Militärbasis Katterbach darf nicht ohne Konsequenzen bleiben“, erklärt die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA) zur Ausweitung der Kontaminierung mit den krebserregenden Stoffen. Die Fraktion verweist auf ähnliche Verseuchungen an US-Militärbasen in Rheinland-Pfalz. Dort machen Kommunen, Landwirte, Fischzuchtbetriebe und Wasserversorger Schadensersatzansprüche geltend – mit Erfolg¹. Dies könne auch in Ansbach den Druck auf US-Armee und Behörden erhöhen, mit der Beseitigung des Giftmülls endlich zu beginnen. Daher solle die Stadt eigene Schadensersatzansprüche und die betroffener Bürger prüfen.

„Klar muss dabei sein: Das US-Militär als alleiniger Verursacher muss die Kosten der Sanierung vollständig übernehmen. Eine Abwälzung auf die deutschen Steuerzahler ist inakzeptabel“, betont die OLA.

gez. Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender

Offene Linke Ansbach -Stadtratsfraktion- ◀ Boris-André Meyer ◀ Würzburger Landstraße 18
91522 Ansbach ◀ Kontakt: Tel. 0981/2059988 ◀ mobil 0160/93104199
mail boris.meyer@offene-linke-ansbach.de ◀ web www.offene-linke-ansbach.de

¹ <https://www.volksfreund.de/nachrichten/rheinland-pfalz/umweltgift-pft-rings-um-spangdahlem-14-antraege-auf-schadenersatz-aid-5023261>